



Dr. Martina Bunge

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 70067

FAX (030) 227 – 76076

✉ Martina.bunge@bundestag.de

Pressemitteilung

Berlin, 12. November 2007

Zur drohenden Kürzung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft erklärt Dr. Martina Bunge, Mitglied der Linksfraction im Deutschen Bundestag und Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit:

Die Bundesregierung beabsichtigt, die Beteiligung des Bundes an den Hartz IV-Wohnkosten zu reduzieren. Der 1. Stellvertreter des Landrates von Nordwestmecklenburg, Herr Gerhard Rappen, hat mich in einem Brief darum gebeten, mich im Bundestag dafür einzusetzen, dies zu verhindern. Bereits Ende 2006 hatte sich die Fraktion DIE LINKE dafür stark gemacht, dass der Berechnung des Bundesanteils die tatsächlichen Ausgaben für Unterkunft und Heizung zugrunde gelegt werden. Insofern rennt Herr Rappen bei uns offene Türen ein.

Auch in der derzeitigen Debatte zur Änderung des 2. Sozialgesetzbuches, worin es um die Novellierung der Anpassungsformel geht, haben wir diese Forderung erneut eingebracht. Während der Beratung zum Bundeshaushalt 2008 hat Bundesregierung erstmals zugegeben, dass mit einem Rückgang der Zahl der Bedarfsgemeinschaften nicht automatisch die Wohnkosten gleichermaßen sinken.

Bei einer von der Linksfraction beantragten Anhörung im Ausschuss für Arbeit und Soziales sprachen sich alle Sachverständigen gegen das Vorgehen der Koalition aus. Der Ausschuss wird am 14. November abschließend zum Thema beraten. Daher habe ich Herrn Rappen gebeten, noch einmal an die Abgeordneten der großen Koalition und insbesondere die Mitglieder dieses Ausschusses, zu appellieren. Weitere Landkreise unseres Bundeslandes sollten die beispielgebende Aktion unterstützen.

Vor dem Hintergrund der ohnehin prekären Lage der kommunalen Haushalte, auch in Mecklenburg-Vorpommern, kann ich eine Verringerung des Bundeszuschusses nicht akzeptieren. Auf gar keinen Fall darf sich die Situation der von Hartz IV-Betroffenen verschlechtern.

Ich finde es gut, dass mit solchen Aktionen die Koalitionsabgeordneten an ihre Verantwortung für ihren Wahlkreis erinnert werden, damit sie nicht wegen der Koalitionsdisziplin einem solchen Gesetzentwurf zustimmen.